

## Schwarzer Tag für Weilheims AusländerInnen \*) Bürgermeister gibt sich Illusionen hin – Stadtratsmehrheit ignoriert Mitmachbereitschaft



von A.Honisch

Weilheim 25.09.2009 - Der gestrige Donnerstag wird als schwarzer Tag für die Belange von ca. 3000 Weilheimern mit Migrationshintergrund in die Stadtratgeschichte eingehen. Mit der Mehrheit aus Bürgermeister Loth, der Bürger für Weilheim (BfW) und der CSU wurde mit 22 gegen sieben Stimmen (SPD, Grünen/UWV/FDP) der Antrag auf einen sogenannten Ausländerbeirat abgelehnt. Auch die Alternative, ein Beirat auf Probe, fiel durch.

An drei wesentlichen Positionen lässt sich das Provinzielle, ja zum Teil als reaktionär zu bezeichnende Vorgehen in unserer oberbayerischen Kleinstadt festmachen, den Weg zu einer modernen Integrationspolitik zu finden.

Seit neun Jahren betrachtet die Stadt den sogenannten **Runden Tisch** als das Sprachrohr der Weilheimer Ausländerinnen und Ausländer. Sein rein auf ehrenamtlicher Basis beruhendes Engagement erstreckt sich von zweijährigen Internationalen Freundschaftsfesten, über den Gedankenaustausch und Aktivitäten zur Integrationspolitik bis hin zur Aktionen gegen rechte Gewalt.

Zweitens auf eine **Fragebogenaktion**, die Antworten zu Tage fördern sollte, ob sich genügend Weilheimer AusländerInnen für einen Ausländerbeirat aussprechen, also eine durch Wahlen legitimierte Vertretung ihrer Interessen wünschen. Hierzu gab der Stadtrat eine 20-Prozent-Hürde vor die erreicht werden sollte, um einem solchem Beirat näher zu treten. Drittens auf dem Ergebnis der **Diskussion** in der gestrigen Stadtratsitzung, als es darum ging, Antworten auf folgende Frage zu geben. Welche weitere Entwicklung stellen sich die 31 Mandatsträger in Sachen Integrationspolitik vor, nachdem das Quorum von 20 Prozent, bzw. 600 Ja-Stimmen zu einem Ausländerbeirat nicht erreicht wurde?

Noch zu Beginn 2009 verkündete der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion Bürger für Weilheim (BfW), Dr.Vidal im Rahmen eines Neujahrstreff, „eine Fragebogenaktion um die Interessenslage der Weilheimer Ausländer zu erfahren, braucht es nicht!“. Bürgermeister Loth (ebenfalls BfW) lies sich gar zu der Bemerkung hinreißen, „die Fragebogenaktion ist eine Farce!“. In den entscheidenden Gremien dazu, dem Hauptausschuss und später im Stadtrat, wurde hingegen im Februar 2009 dem Antrag des Runden Tisches auf Durchführung einer Fragebogenaktion einstimmig (!) beigegeben.

Dann, fünf vor Zwölf, als der Runde Tisch bereits einen Großteil der Fragebögen in zehn Landessprachen übersetzen ließ, bezweifelte Petra Hofer (ebenfalls BfW) die Sinnhaftigkeit der sechs, sich auf das Wesentlichste beschränkenden Texte im Fragebogen. Grund. „Sie vermisste die wissenschaftliche Fundiertheit bei so simplen Antworten wie ja oder nein!“ Beim anschließenden Vollzug des Stadtratsbeschluss, nämlich alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger um ihre Meinung zu befragen, erkannte die Verwaltung auf Betreiben des örtlichen Integrationsbeauftragten, dass der Begriff „Ausländer“ seit 2007 durch eine national und international festgelegte Definition „Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ ersetzt wurde. Durch diese Festlegung werden selbst Deutsche Staatsbürger zu Migranten, soweit sie nach 1950 aus einem Land zugewandert sind, das außerhalb der Bundesrepublik liegt.

14,5 Prozent der insgesamt 2989 angeschriebenen Personen beantwortete Mitte Juni 2009 den Fragebogen. Zu wenige, um das 20-Prozent-Quorum zu erfüllen. Dennoch, in den 438 Willensbekundungen gaben 304 oder knapp 70 Prozent an, für einen Ausländerbeirat zu sein. Mehr als die Hälfte davon bekundet aktive Mitmachbereitschaft.

In der knapp einstündigen Diskussion des Stadtrats, am 24.09.2009, bei der die Thematik in seltener Offenheit zur Sprache kam, waren die jeweiligen Standpunkte schnell auszumachen.

Einmal die Angst des Bürgermeisters, die Verwaltung werde um ein neues Gremium – dem Ausländerbeirat – erweitert, will sagen, zusätzliche finanzielle Belastung des Stadthaushalts! Weiterhin die Meinung, alles habe doch mit dem Runden Tisch ganz gut funktioniert. Wozu dann einen Beirat, der überdies nicht einmal die 20-Prozent Mehrheit bei den Ausländern in Weilheim erreicht habe (siehe Fragebogen-Ergebnis). De-facto also gar nicht gewünscht werde. Zu guter Letzt gebe es ja noch die Agenda21-Idee, bei der sich jeder interessierte Ausländer mit seinen Wünschen und Anregungen zur Ausländerproblematik einbringen könne.

Dem stehe entgegen, so der Integrationsbeauftragte der Stadt Weilheim, dass der Runde Tisch

keinerlei Legitimation habe, für die Ausländer zu sprechen. Er besitze weder eine Vereins-Struktur, noch demokratisch gewählte Sprecher ausländischer Herkunft. Er ziehe seine Energie seit 2002 allein aus dem ehrenamtlichen Engagement von Menschen, die sich für das Thema Integration begeistern. Umfang 10 – 15 Personen, beim monatlich einmal stattfindenden Treff.

Selbst die Argumente von Seiten zweier ausländischer Mitbürger - denen auf Antrag das Rederecht eingeräumt wurde - vermochten die Mehrheit der Mandatsträger nicht von ihrer ablehnenden Haltung ab zu bringen.

So wurde von türkischer Seite zu Bedenken gegeben, dass die Stadt Weilheim bei Ablehnung des Beirats eine einmalige Chance auf dem Wege zur Integration ihrer Mitbürger verspiele.

„Wir sind bereit, unser Engagement für eine zukunftsgerichtet Ausländerpolitik Weilheims einzubringen“, sagte Attila Güven, von der Islamischen Gemeinde. Dr. Apostolos



A.Güven

Kyriatsoulis ergänzte für die Griechische Gemeinde, dass es darum gehe, denjenigen eine Chance zu geben, die zur Mitarbeit bereits seien. Auch wenn das Quorum verfehlt wurde, muss der Stadtrat erkennen, das immerhin 176 Menschen zur Mitarbeit in einem Beirat bereit wären. Eine Mitmachbereitschaft, von der der Runde Tisch nur träumen kann. Außerdem schlug er vor, einem Ausländerbeirat auf Probe zuzustimmen, der seine Legitimation durch seine aktive Arbeit beweisen könne.



A.Kyriatsoulis

Fazit der Diskussion. Die abschließende Abstimmung brachte als Ergebnis die Feststellung, dass der Weilheimer Stadtrat mehrheitlich einen Ausländerbeirat ablehnt, weil das Quorum von 20 Prozent bei der dazu durchgeführten Fragebogenaktion nicht erreicht wurde.

\*) veraltete Bezeichnung für Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, seit ca. 2007, (vgl. Definition durch das Statistische Bundesamt, Nationaler Integrationsplan und den 7. Lagebericht der Ausländer in Deutschland

-----